

Politische Forderungen zur Kampagne „enjoy the difference“

Asyl-/Zuwanderungsrecht

Niemand darf wegen seiner Rasse, seiner Staatsangehörigkeit, seiner Religion oder seiner Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe verfolgt oder benachteiligt werden.

Deshalb fordern wir, dass Deutschland ein Einwanderungsland bleibt. Weiter fordern wir den Erhalt des Grundrechts auf Asyl. Unser Asylrecht darf ausschließlich an humanitären Gesichtspunkten ausgerichtet sein.

Daneben fordern wir einen vereinheitlichten Status aller Flüchtlinge und damit einen einheitlichen Flüchtlings- und Abschiebungsschutz.

Wir fordern einen Anspruch auf Familienzusammenführung für alle Flüchtlinge und einen einheitlichen Abschiebungsschutz innerhalb der Familie.

Wir fordern die vorbehaltlose Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention und die Orientierung von Asylverfahren, an denen Kinder und Jugendliche beteiligt sind, an dieser Konvention und am „Wohl des Kindes“ in der Definition des KJHG. Die sog. „Flughafenverfahren“ stehen nach unserer Ansicht diesen Anforderungen entgegen.

Wir fordern, dass ausländische Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht von ihren Eltern getrennt werden, sei es durch Abschiebung oder durch verhinderten Familienzuzug.

Weiter fordern wir, dass Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren vom Erziehungsberechtigten in einem Asylverfahren vertreten werden sollen, da dies dem Entwicklungsstand entspricht (Handlungsfähigkeit).

Staatsangehörigkeitsrecht

Für uns ist die sog. „doppelte Staatsbürgerschaft“ ein rechtliches Fundament, um Menschen ausländischer Herkunft in unsere Gesellschaft zu integrieren. Das Mittel der „doppelten Staatsbürgerschaft“ kann als ein Faktor unter vielen dazu beitragen, dass ausländische Menschen stärker und schneller in unsere Gesellschaft integriert werden können, ohne ihre Herkunft und Identität abgeben zu müssen.

Politische Mitbestimmung und Meinungsfreiheit

Wir fordern gleiches politisches Handlungsrecht für alle Menschen in Deutschland, verwehren uns also gegen das momentan diskutierte Politikverbot für Menschen ausländischer Herkunft. Niemand, der unsere Verfassung und Gesetze achtet, darf daran gehindert werden, seine Meinung zu äußern und für diese einzutreten. Wir sind der Überzeugung, dass die Meinungen und die Erfahrungen von Menschen aus anderen Ländern und Kulturen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellen.

Weiter fordern wir ein aktives und passives Wahlrecht für alle Menschen ausländischer Herkunft, die über eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung verfügen. EU-BürgerInnen soll dieses Wahlrecht ab dem Zeitpunkt ihrer Registrierung in Deutschland zustehen.

Wir fordern, dass die Interessen von ausländischen Kindern und Jugendlichen angemessen berücksichtigt werden, das heißt auch, dass für ausländische Kinder und Jugendliche angemessene Formen der Mitbestimmung geschaffen werden müssen.

AusländerInnen in unserem Sozialstaat

Wir fordern, dass alle Menschen ausländischer Herkunft gleichberechtigt mit allen Deutschen durch unseren Sozialstaat abgesichert werden. Dies heißt für uns eine finanzielle Absicherung auf Sozialhilfeniveau, Absicherung im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung, Anspruch

auf Kinder- und Erziehungsgeld analog zu deutschen MitbürgerInnen und eine an Integration orientierte Wohnungspolitik. Weiter fordern wir einen uneingeschränkten und damit einheitlichen Zugang zum Arbeitsmarkt für Alle.

ArbeitgeberInnen fordern wir dazu auf, Menschen ausländischer Herkunft die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben, wie Deutschen und ausländischen ArbeitnehmerInnen den gleichen Lohn zu zahlen, wie Deutschen.

Aufwachsen von ausländischen Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Wir fordern, dass Kinder und Jugendliche ausländischer Abstammung in Deutschland die Möglichkeit bekommen, sich zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu entwickeln (KJHG).

Hier sind diese benachteiligt, wir fordern daher die Ausrichtung von Erziehungseinrichtungen (Kindergärten, Kindertagesstätten, Schulen) auf interkulturelles Arbeiten und auf die Sensibilisierung gegen fremdenfeindliche Gesinnung. Hier ist die Kirche, genauso wie der Staat und die Wohlfahrtsverbände als Träger von Erziehungsstellen besonders gefordert.

Daneben müssen alle Kinder und Jugendliche ausländischer Herkunft die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache in besonderen Angeboten zu erlernen.

Diskriminierung von AusländerInnen

Wir fordern das unverzügliche Einleiten des Gesetzgebungsverfahrens bezüglich eines Antidiskriminierungsgesetzes, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart ist, um einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung jeder Form zu bieten und die gesellschaftliche Teilhabe auch von Menschen ausländischer Herkunft rechtlich abzusichern. Daneben fordern wir die dauerhafte stärkere Verankerung von Maßnahmen zur politischen Bildung, mit dem Ziel der Verhinderung von Rassismus und Diskriminierung in allen Lehrplänen an deutschen Schulen und die Qualifizierung von MitarbeiterInnen in diesem Bereich.

„Illegale“ AusländerInnen in Deutschland

Wir fordern, dass das Thema „Illegale AusländerInnen“ in Deutschland enttabuisiert wird und diese Menschen Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung erhalten. Kinder von sog. „Illegalen“ müssen Zugang zu schulischer Ausbildung erhalten.

Daneben fordern wir ein hartes Vorgehen gegen Menschen, die „Illegale“ unter unwürdigen Umständen beschäftigen oder anderweitig ausbeuten.

Wir fordern weiter, dass Menschen, die sog. „Illegalen“ helfen, nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Für uns wäre eine Legalisierungskampagne nach bestimmten Kriterien ein geeignetes Mittel, das Thema „Illegale AusländerInnen“ zu enttabuisieren.

Rolle der Kirche und anderer gesellschaftlicher Kräfte

Wir fordern ein Zugehen der Kirche auf ausländische Menschen in Deutschland und deren Unterstützung bei der Bewältigung von auftretenden Problemlagen, unabhängig von deren Religionszugehörigkeit. Ein besonderes Augenmerk ist hier auf Kinder und Jugendliche zu legen. Desweiteren fordern wir, dass die Kirche ihren politische Einfluß geltend macht, um die Situation von ausländischen Menschen in Deutschland zu verbessern. Ausserdem befürworten wir die Gewährung des sog. Kirchenasyls und ermutigen die vor Ort Verantwortlichen, davon Gebrauch zu machen, um in Not geratenen Menschen Schutz zu bieten.

Eine besondere Rolle kommt hier den Jugendverbänden zu, wir fordern ein Zugehen dieser auf ausländische Kinder und Jugendliche. Wir fordern, dass die KJG auf allen Ebenen auf Menschen ausländischer Herkunft zugeht. Hierbei verpflichtet sich der Bundesverband der KJG die Themen „Rassismus“ und „Fremdenfeindlichkeit“ in den nächsten Jahren nicht aus den Augen zu verlieren und geeignete Unterstützung für die anderen Ebenen der KJG anzubieten.

Alle anderen gesellschaftlichen Kräfte fordern wir auf, das Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aufzugreifen und beizutragen zur Überwindung von Benachteiligungen.

Politische Forderungen zur Kampagne „enjoy the difference“:

Wir fordern:

- I. Das Grundrecht auf Asyl muss erhalten bleiben. Dabei darf es sich ausschließlich an humanitären Gesichtspunkten ausrichten.
- II. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht durch Abschiebung oder verhinderten Familienzuzug von ihren Eltern getrennt werden.
- III. Die UN-Kinderrechtskonvention muss im Asylverfahren vorbehaltlos anerkannt und umgesetzt werden. Das „Flughafenverfahren“ für Kinder und Jugendliche entspricht nicht diesen Anforderungen und muss abgeschafft werden.
- IV. Die „doppelte Staatsbürgerschaft“ soll als rechtliches Fundament zur Integration von Menschen ausländischer Herkunft an keine Altersgrenze gebunden sein.
- V. Es darf kein Politikverbot für Menschen ausländischer Herkunft geben.
- VI. Aktives und passives Wahlrecht soll allen Menschen ausländischer Herkunft zustehen, die über eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung verfügen.
- VII. Alle Menschen ausländischer Herkunft müssen gleichberechtigt mit allen Deutschen durch unseren Sozialstaat abgesichert sein und uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt haben.
- VIII. Erziehungseinrichtungen müssen auf interkulturelles Arbeiten eingestellt werden und aktiv gegen fremdenfeindliche Gesinnung vorgehen.
- IX. Das Gesetzgebungsverfahren zu einem Anti-Diskriminierungsgesetz soll, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, unverzüglich eingeleitet werden.
- X. „Illegale AusländerInnen“ müssen über eine Legalisierungskampagne eine Aufenthaltsberechtigung erhalten können. Sie müssen Zugang zu medizinischer und sozialer Versorgung erhalten.
- XI. Kirche muss auf Menschen ausländischer Herkunft, unabhängig von deren Religionszugehörigkeit, zugehen und ihren politischen Einfluss geltend machen um die Situation ausländischer Menschen in Deutschland zu verbessern.
- XII. Wir befürworten die Gewährung von „Kirchenasyl“